



Münster, den 28. November 2017

## **Pressemitteilung**

### **Landesseniorenvertretung NRW zu Mobilitäts-Problemen**

## **LSV: Sozialticket dauerhaft verankern**

Auch, wenn die NRW-Landesregierung jetzt die von Verkehrsminister Hendrik Wüst ins Spiel gebrachte Abschaffung des 40-Mio.€-Landeszuschusses für das Sozialticket im kommenden Jahr nicht umsetzen will: "Es ist gut, dass dieser unglückliche Anlass den Blick wieder einmal auf die Mobilitätsprobleme bedürftiger, behinderter und auch vieler älterer Menschen gerichtet hat", plädiert Gaby Schnell, die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen (LSV NRW), energisch für die Beibehaltung der Sozialtickets auch auf die Zukunft hin.

Mehr als 300.000 Menschen mit geringem Einkommen nutzen derzeit die verbilligten Tickets, um mit Bus oder Bahn ihre privaten oder beruflichen Ziele erreichen zu können. "Mobilität ist Daseinsvorsorge", so zitiert Gaby Schnell, die für mehr als 160 kommunale Seniorenvertretungen im Land spricht, eine aktuelle Veröffentlichung der Friedrich-Naumann-Stiftung. "In Zeiten sich verändernder Rahmenbedingungen steht die private Automobilität immer mehr zur Disposition", so schreiben die Autoren René Bormann und Prof. Oliver Schwedes darin und benennen deutlich, was die LSV mit weiteren Kritikern des Wüst-Vorschlags teilt: "Die Kosten von Mobilität steigen, was insbesondere Haushalte mit niedrigeren Einkommen von der Teilhabe am ökonomischen und sozialen Leben ausschließt".

Verschiedene Faktoren schränken die individuelle Bewegungsfreiheit im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe ein, so die Verfasser des Artikels und auch die Erfahrung der Seniorenvertretungen vor Ort. Behinderungen, mangelnde finanzielle Möglichkeiten, aber eben auch Unsicherheiten oder räumliche Probleme verhindern oft, dass - nicht allein, aber eben häufig - gerade von älteren Menschen die notwendige Bewegungsfreiheit und damit Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben gelebt werden kann. "Wenn aber das Sozialticket, wohlmöglich für ein paar Kilometer neuer Autostraße, doch absehbar abgeschafft werden sollte, hat das mit umwelt- und sozialgerechter Verkehrspolitik rein gar nichts mehr zu tun", so die LSV-Vorsitzende. Statt über neue Formen öffentlicher Mobilität nachzudenken, würde hier ein wichtiges Instrument von Teilhabe geopfert. "Wir hoffen, dass der Ministerpräsident diesem Vorschlag auch auf Dauer eine deutliche Absage erteilt", fordert Gaby Schnell die langfristige Beibehaltung des für so viele Menschen wichtigen Zuschusses.

*Gaby Schnell*  
*Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW*